



# Antrag

|   |                     |                                       |                                       |
|---|---------------------|---------------------------------------|---------------------------------------|
| Vorlage: AT/0132/2022   |                     | Datum: 07.11.2022                     |                                       |
|   |                     |                                       |                                       |
| Verfasser:  | 01-Ratsfraktion CDU | Az.:                                  |                                       |
| <b>Betreff:</b>   |                     |                                       |                                       |
| <b>Antrag der CDU-Ratsfraktion: Aufnahme einer Städtepartner mit der Stadt Kramatorsk oder einer alternativen Stadt</b> |                     |                                       |                                       |
| Gremienweg:   |                     |                                       |                                       |
| 17.11.2022  | Stadtrat            | <input type="checkbox"/> einstimmig   | <input type="checkbox"/> mehrheitl.   |
|   |                     | <input type="checkbox"/> abgelehnt    | <input type="checkbox"/> Kenntnis     |
|   |                     | <input type="checkbox"/> verwiesen    | <input type="checkbox"/> vertagt      |
|   |                     | <input type="checkbox"/> Enthaltungen | <input type="checkbox"/> Gegenstimmen |
|   | TOP                 |                                       | ohne BE<br>abgesetzt<br>geändert      |
|   | öffentlich          |                                       |                                       |

## Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge beschließen, die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob mit der Stadt Kramatorsk oder einer alternativen Stadt in der Ukraine eine Städtepartnerschaft eingegangen werden kann, das Ergebnis den Gremien vorzustellen und anschließend das Verfahren zur Aufnahme einer Städtepartnerschaft einzuleiten.

## Begründung:

Gerade in Zeiten eines völkerrechtswidrigen Angriffs Russlands auf die Ukraine ist es wichtig, ein Zeichen des Zusammenhalts und der Solidarität zu senden und der ukrainischen Bevölkerung Beistand zu leisten. Mit der Evaluierung einer Städtepartnerschaft mit einer Stadt in der Ukraine setzen wir ein solches Zeichen, welches mit seiner Umsetzung manifestiert werden kann. Sowohl die Landesregierung als auch die Bundesregierung und zuletzt Bundespräsident Steinmeier haben zu Städtepartnerschaften aufgerufen. Entwicklungsministerin Svenja Schulze hat 5 Mio. € an Bundesmitteln zur Verfügung gestellt, um das Projekt Städtepartnerschaft zu unterstützen.

Die seinerzeitige Initiative der Antragsteller vom März 2022 hat leider zu keinem Erfolg geführt. Bundesweit sind bereits im Juli die Partnerschaften auf 80 angestiegen. 41 weitere Städte haben ihr Interesse bekundet. Leider ist darunter keine Stadt aus Rheinland-Pfalz. Koblenz könnte hier Vorbild werden.

## Auswirkungen auf den Klimaschutz: